



II-4204 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT**

ZL. 11.633/41-I 1/78

XIV. Gesetzgebungsperiode

WIEN, 1978-08-25
1011, Stubenring 1

2009/AB

1978-08-29
zu 1992/J

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Anton Benya

Parlament

1010 Wien

Gegenstand: Schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Meißl und Genossen (FPÖ), Nr. 1992/J, vom 30. Juni 1978, betreffend Pflanzenölabgabengesetz - Intervention der USA.

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Meißl und Genossen (FPÖ), Nr. 1992/J, vom 30. Juni 1978, betreffend Pflanzenölabgabengesetz - Intervention der USA, böhre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1):

Die Konsultationen mit der Administration der Vereinigten Staaten über Fragen der österreichischen Ölsaatenproduktion wurden gemäß Kompetenzverteilung unter Vorsitz des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie geführt. Zu den von den USA erhobenen Einwänden gegen den Entwurf eines Pflanzenölabgabegesetzes wurden seitens der österreichischen Delegation bei den Konsultationen konkrete interministeriell akkordierte Gegenargumente vorgebracht. Diese wurden in den Berichten des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie an den Ministerrat vom 2. Juni 1978 und vom 16. Juni 1978 eingehend dargestellt. Die beiden Berichte wurden dem zur Be-

- 2 -

ratung des Entwurfes eines Pflanzenölabgabengesetzes eingesetzten Unterausschuß des Finanz- und Budgetausschusses des Nationalrates zugänglich gemacht. Ich werde darum bemüht sein, daß die Konsultationen mit der Administration der Vereinigten Staaten ehebaldigst fortgesetzt werden.

Zu Frage 2):

In die Kompetenz des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fällt die Förderung des Ölsaatenanbaues in Österreich. Die Arbeiten für entsprechende Richtlinien sind so weit fortgeschritten, daß diese Richtlinien binnen kürzester Zeit kundgemacht werden könnten.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat Gespräche mit einer Proponentengruppe aufgenommen, die sich bereit erklärte, eine Verwertungsgesellschaft für Ölsaaten zu gründen. Mit Vertretern dieser Verwertungsgesellschaft, der Vertreter der Ölsaatenbauern, der Speisefett- und Margarineindustrie sowie Händler und Verwerter von Ölkuchen und Ölschroten als Gesellschafter angehören, wurden Verhandlungen geführt.

Eine Übernahmeverpflichtung hinsichtlich des anfallenden Rohöls und des Schrots, die unbedingt nötig wäre, wurde seitens dieser Verwertungsgesellschaft bisher dezidiert abgelehnt.

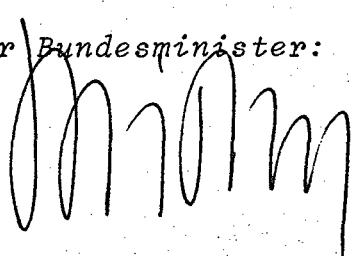
Zur Haltung der projektierten Verwertungsgesellschaft muß zusammenfassend festgestellt werden, daß die Verhandlungsführung und Argumentation seitens der Vertreter der projektierten Verwertungsgesellschaft kaum einen Verhandlungsspielraum offen zu lassen scheinen. Insbesondere kann keine wie immer gestaltete Verwertungsgesellschaft von der Verpflichtung entbunden werden, die sich hinsichtlich der Über-

- 3 -

nahme von Rohöl und Schrot sowie des Tragens eines zumutbaren Unternehmerrisikos ergibt.

Nach weiteren Konsultationen hinsichtlich des Entwurfes eines Pflanzenölabgabegesetzes werden auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Verwertungsgesellschaft fortgesetzt.

Der Bundesminister:

A handwritten signature consisting of stylized, overlapping letters, likely 'M' and 'W', written in black ink.